

SCHWYZER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.

Gut besuchtes Herbstfest

Am Herbstfest der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz schwor Thierry Burkhart die versammelte FDP-Gemeinde im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen auf die liberalen Grundwerte ein. **Seite 4**

Sichere und zuverlässige Stromversorgung

Ralph Föhn ist seit 2005 Bereichsleiter Netze bei der EWS AG. Er und sein Team sorgen für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung. Wir wollten wissen, wie er die aktuelle Lage einschätzt. **Seite 5**

Neue Vizepräsidentin

Die Delegierten wählten Alessandra Gianella am Tag der FDP zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die 36-jährige Tessinerin ist seit 2015 Grossrätin und seit drei Jahren Fraktionschefin im Tessiner Kantonsparlament. **Seite 8 und 9**

Kantonale Wahlen

Bei den Wahlen im Kanton Zug konnte die FDP im Parlament zwei Sitze gewinnen, und die beiden Regierungsräte wurden souverän wiedergewählt. Im Februar stehen nun Wahlen in den Kantonen Zürich und Baselland auf dem Programm. **Seite 13, 18 und 19**

Intensives Jahr für Karin Keller-Sutter

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter stark gefordert. In einem Gastbeitrag für den «Freisinn» zeigt die Justizministerin auf, wie die Schweiz in den letzten Monaten den grossen Zustrom an Flüchtlingen aus der Ukraine meisterte und wieso sich der Schutzstatus S bewährt hat. **Seite 14 und 15**

Die ganze Familie hilft mit: Damian Meier mit seiner Frau und zwei von vier Töchtern.


«Jede Stimme zählt!»
Damian Meier ist bereit für den zweiten Wahlgang

Die Verteidigung des FDP-Regierungsratssitzes geht am 27. November in die zweite Runde. Im Interview verrät Damian Meier die Strategie für den zweiten Wahlgang.

Die Chancen, dass es für Damian Meier im zweiten Wahlgang klappt, stehen sehr gut. Meier, der durchs Band liberale Werte vertritt, verbleibt als einziger bürgerlicher Kandidat und hofft auf eine breite Mobilisierung und Unterstützung durch die Bürgerlichen. Er ist sich allerdings bewusst, dass niemand einfach so durchmarschieren kann und

eine gute Mobilisierung nötig ist. Im Wahlkampf kann er weiterhin mit seiner grossen Führungserfahrung, der langjährigen politischen Tätigkeit – auch auf Stufe Kantonsrat – sowie seiner Lebenserfahrung als Ehemann und Vater von vier Töchtern punkten.

Interview Seite 3

Inhalt

- 3–5 Schwyzer Freisinn
- 6 FDP setzt sich für 5G ein
- 7 Wir sagen DANKE
- 8/9 Interview mit der neuen Vizepräsidentin Alessandra Gianella
- 10 Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern
- 11 Jungfreisinnige treffen sich in Cressier
- 12 Mehr digitale Kompetenz für die Schweiz
- 13 FDP Zürich ist bereit für die kantonalen Wahlen
- 14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf ein intensives Jahr zurück
- 16/17 Rückblick auf die Herbstsession
- 18 FDP Zug gewinnt bei den kantonalen Wahlen
- 19 Ausblick auf die Wahlen in Baselland
- 20/21 Tag der FDP in Burgdorf
- 22 Verbände lancieren «Perspektive Schweiz»
- 23 Wahlbarometer und Kolumne



Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

- › Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.
- › Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.
- › Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Alters-

vorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristige eine möglichst CO₂-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlergebnis bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Damian Meier analysiert im Interview die Regierungswahlen und verrät seine Strategie für den zweiten Wahlgang.



«Ich bin zuversichtlich, dass der zweite Wahlgang klappt»

Das hervorragende Resultat tröstet über die Enttäuschung hinweg

Bei der Ersatzwahl für den Regierungsrat hat Damian Meier am 25. September 2022 das absolute Mehr knapp verpasst. Vor dem zweiten Wahlgang am 27. November haben wir ihm ein paar Fragen gestellt.

Als Zweitplatzierter haben Sie das absolute Mehr um 413 Stimmen verpasst. Wie gross war die Enttäuschung?

Ich muss sagen, dass mich das knappe Nichterreichen des absoluten Mehrs anfänglich schon ziemlich gefixt hat. Das hervorragende Resultat – mit 16 667 Stimmen fast gleich viel wie Xaver Schuler – tröstet mich aber über die Enttäuschung hinweg. Ich wurde im gesamten Kanton und in sämtlichen Regionen getragen und durfte in zahlreichen Gemeinden sogar das beste Wahlresultat aller Kandidierenden verzeichnen. Das motiviert mich enorm!

Sie haben einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Warum hat es Ihrer Meinung nach nicht auf Anrieb gereicht?

Es kam insbesondere auf der bürgerlichen Seite zu einer Verzettelung der Stimmen, indem die beiden Aussenseiter erstaunlich viele bürgerliche Stimmen auf sich vereinen konnten. Zudem sind über 2000 ungültige Stimmen ebenfalls sehr aussergewöhnlich, im Normalfall sind es um die 100. Ohne diese beiden Faktoren hätte es wohl bereits im ersten Wahlgang geklappt. Umso wichtiger ist es, die bürgerlichen Reihen für den zweiten Wahlgang zu schliessen, wobei wir vor allem auch auf die Stimmen der SVP zählen. Der Wählerschaft muss klar

aufgezeigt werden, dass nur ich eine echte Wahl aus bürgerlicher Sicht darstelle.

Im zweiten Wahlgang treten Sie gegen Ursula Lindauer von den Grünliberalen an. Sie wird mit dem Frauenbonus rechnen dürfen. Was halten Sie diesem entgegen?

Ursula Lindauer, mit der ich übrigens gut zusammenarbeite und mich auch bestens verstehe, profitierte vor allem beim ersten Wahlgang vom Frauenbonus, fand doch gleichzeitig die Abstimmung über die AHV-Rentalerhöhung bei den Frauen statt. Ich gehe davon aus, dass dieser Frauenbonus im zweiten Wahlgang nicht mehr im selben Umfang zum Tragen kommt. Letztlich ist die Frage nach Frau oder Mann jedoch nicht entscheidend, vielmehr zählen die Qualifikationen für das Amt als Regierungsrat. Und hier kann ich mit meiner grossen Führungserfahrung, mit meiner langjährigen politischen Tätigkeit – auch auf Stufe Kantonsrat – sowie meiner Lebenserfahrung als Ehemann und Vater von vier Töchtern punkten.

Es geht also um die Mobilisierung?

Ja, wichtig ist die Mobilisierung, insbesondere auch in unseren Kreisen. Ich vertrete durchs Band liberale Werte und bin der einzige wählbare bür-

gerliche Kandidat – aber einfach so durchmarschieren kann hier niemand. Also zählt jede Stimme! Ich bin also zuversichtlich, dass es beim zweiten Anlauf gelingen wird. Ich durfte im ersten Wahlgang einen enorm starken Support aus freisinnigen Kreisen spüren, welcher zum starken Wahlresultat beigetragen hat. Es wird nun wichtig sein, alle Liberalen erneut zu mobilisieren und weite Kreise darüber hinaus. Ich zähle dabei insbesondere auch auf die Ortsparteien, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von Kanton, Bezirken und Gemeinden, aber auch alle weiteren Liberalen im Kanton. Rührt kräftig die Werbetrommel und sorgt für eine echte liberale Wahl!

Wie haben Sie Ihre Wahlkampfstrategie für den zweiten Wahlgang angepasst?

Wir können auf der erfolgreichen Strategie für den ersten Wahlgang aufbauen. Wir starten mit einem neuen Wahlplakat, mit einem etwas lockereren Sujet und mit dem Slogan «Sicherheit und Verantwortung», welcher perfekt zu meinem Wahlkampf und meinem Kernthema passt. Wir werden verstärkt mit Testimonial-Inseraten arbeiten, um meine Verankerung im Kanton Schwyz zu unterstreichen. Gemeinsam wird es uns gelingen, am 27. November zu reüssieren!

Herzlichen Dank für dieses Interview und viel Glück für den zweiten Wahlgang.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz



Malte am Forum insgesamt ein eher düsteres Bild für den kommenden Winter: Astrophysiker Jörg Spicker, seit 2017 Senior Strategic Advisor bei Swissgrid.

Topaktuelles Umwelt- und Wirtschaftsforum in Brunnen

«Mit etwas Glück kommen wir gut durch den Winter»

Steigende Energiepreise und eine drohende Strommangellage waren die Themen am Umwelt- und Wirtschaftsforum im «Waldstätterhof» in Brunnen. Der Anlass war für viele eine willkommene Gelegenheit, sich einen Überblick aus erster Hand zur aktuellen Lage in der Energieversorgung zu verschaffen.

Mit den Worten, man wolle «Klarheit in die unübersichtliche Situation bringen», eröffnete Heinz Theiler, Präsident des Kantonal Schwyzerischen Gewerbeverbandes, den sehr gut besuchten Anlass. Klar war für Jörg Spicker, Astrophysiker und seit 2017 Senior Strategic Advisor bei Swissgrid, dass eine Strommangellage droht. Er führte aus, dass ein Stromabkommen mit der EU dringend nötig wäre. «Die Lage ist ernst, die Schweiz muss aufwachen», war Spickers dringlicher Aufruf. Als pragmatischen Lösungsansatz für die Wirtschaft

stellte René Baggenstos, Mitglied Task Force Erdgasversorgung 2022/23, den Handel mit Gaskontingenten vor. Mit Urs Wullschleger, Geschäftsführer und Inhaber der Firma Schmidlin AG, erläuterte ein gestandener Unternehmer die prekäre Lage aus unternehmerischer Sicht. Auch Nationalrätin Petra Gössi fand klare Worte: «Die Politik hat versagt, die Krise ist vorhersehbar gewesen.» Alle Referenten waren sich einig, dass mittelfristig dringend erneuerbare Energien ausgebaut und Interessenkonflikte überwunden werden müssen.

Gut besuchtes Herbstfest der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Thierry Burkhart zu Besuch

Am Herbstfest schwor Thierry Burkhart die versammelte FDP-Gemeinde im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen auf die liberalen Grundwerte ein.

Mit den Regierungswahlen und dem Wahlkampf 2023 stehen für die Liberalen im Kanton Schwyz gewichtige politische Ereignisse an. In seiner flammenden Rede setzte Burkhart den Schwerpunkt auf die Verteidigung freiheitlicher Werte, eine konstruktive und verantwortungsbewusste Politik. Dabei zeigte er sich optimistisch, da die aktuellen Umfragewerte für die FDP positiv seien.

Petra Gössi, die im Herbst 2023 eine Doppelkandidatur für den National- und Ständerat an-

strebt, stiess ins gleiche Horn und betonte die lösungsorientierte Politik der Liberalen, den Glauben an Eigenverantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt.

Auf dem Areal der Christen AG in Küsnacht fand das mit über 100 Personen sehr gut besuchte Herbstfest seinen Fortgang mit einer Rede von Regierungskandidat Damian Meier, einem feinen Mittagessen, Ländlermusik und einer Werkhofbesichtigung der Christen AG.



Das gut besuchte Herbstfest bot Gelegenheit für Gespräche und Unterhaltung.



Die Referenten am Herbstfest: Urs Rhyner, Petra Gössi, Damian Meier und Thierry Burkhart



Die Kinder übten bei der Christen AG schon fleissig den Umgang mit Baumaschinen.

Ralph Föhn auf dem Dach des EWS im Diesel. Die Solaranlage deckt den Strombedarf des Verwaltungsgebäudes.



«Ich glaube an die Marktmechanismen»

Für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung

Ralph Föhn ist seit 2005 Bereichsleiter Netze bei der EWS AG. Er und sein Team sorgen für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung. Wir wollten wissen, wie er die aktuelle Lage einschätzt.

Der Bund will, dass wir Strom sparen und bereitet uns auf einen kalten Winter mit Wollsocken vor. Was halten Sie von der Kampagne?

Ich finde die Kampagne gut. Sie schafft Bewusstsein dafür, dass jeder noch so kleine Beitrag etwas bringt. Strom stand während Jahren sehr günstig zur Verfügung, deshalb war Strom sparen für die meisten kein Thema.

Was machen Sie persönlich, um den Energieverbrauch zu senken?

Wir haben in unserem gut isolierten Einfamilienhaus eine Wärmepumpe, die elektrisch betrieben wird. Diese wird erst eingeschaltet, wenn die Temperatur im Haus unter 18 Grad sinkt. Im Sommer bereiten wir das Wasser mit Warmwasserkollektoren auf. Ich gehe generell bewusster mit Energieressourcen um.

Weshalb haben sich die Preise für Strom beim EWS in den letzten Monaten verdoppelt?

Als Verteilnetzbetreiber verfügen wir über keine eigene Stromproduktion mit Kraftwerken, wir

müssen die Energie am Markt beschaffen. Der Ukrainekrieg, der Stillstand von Atomkraftwerken in Frankreich und die Trockenheit im Sommer sind die grossen Preistreiber. Als Freisinniger glaube ich an die Marktmechanismen. Sie basieren auf den geltenden Gesetzen, die seit der Marktöffnung 2008 geschaffen worden sind. Man darf optimistisch sein, dass die Preise auch wieder zurückgehen.

Das heisst, Sie rechnen nicht mit einem weiteren Preisanstieg?

Ich denke, dass der Höhepunkt bereits überschritten ist und sich der Preis einpendeln wird. Ganz so günstig wie vorher wird der Strompreis wohl nicht mehr werden.

So genannte Balkonkraftwerke oder private Plug-and-play-Solaranlagen sind zurzeit in aller Munde. Lohnt sich das Installieren einer solchen Anlage?

Es lohnt sich immer, selber Energie zu produzieren und diese für den Eigenbedarf zu nutzen, vor allem bei den jetzigen hohen Preisen.

Was würde passieren, wenn alle eine solche private Solaranlage hätten?

Ich denke, nur auf Solarenergie zu setzen, ist in der Schweiz unrealistisch. Von November bis Februar reichen Photovoltaikanlagen für die Stromproduktion einfach nicht aus, insbesondere, da wir in der Schweiz fast keine Windkraftwerke zur Ergänzung betreiben.

Wie gross schätzen Sie das Risiko einer Strommangellage im anstehenden Winter ein?

Je nachdem, wie kalt der Winter wird, schätze ich das Risiko auf 50 Prozent ein. Falls der Bund Stromkontingentierungen verordnet, würde die EWS AG als Stromverteiler eine wichtige Rolle spielen, weil wir den Stromverbrauch der Kunden mit Smartmetern messen und mit dem Vorjahr vergleichen können. Darauf sind wir vorbereitet.

Was würde im Fall eines Blackouts geschehen, wenn die Nachfrage und das Angebot nicht mehr unmittelbar ausgeglichen werden könnten?

Das Netz würde zusammenbrechen und die Stromversorgung komplett ausfallen. Um den Blackout zu verhindern, würden die Verteilnetzbetreiber von Swissgrid, der nationalen Netzgesellschaft, beauftragt, Last wegzuschalten. Gewisse Geräte und Anwendungen würden dann nicht mehr funktionieren. Auf diese Weise würde man versuchen, das Netz zu stabilisieren. Swissgrid ist bestrebt, einen Blackout mit allen Mitteln zu verhindern.

Der Stromspartipp des Experten

Spartipps gibt es in den Medien zurzeit massenhaft. Ralph Föhn gibt zu bedenken, dass alle Geräte, die Wärme benötigen, indem Wasser aufgeheizt wird, am meisten Strom brauchen. Setzt man also Heizung, Kochherd, Backofen, Geschirrspüler, Waschmaschine und Tumbler zurückhaltend ein, lässt sich damit am meisten Strom einsparen.

Tipp für die Montage einer Solaranlage

Plug-and-Play-Anlagen und natürlich auch grosse Photovoltaikanlagen benötigen Netzspannung, um Strom zu produzieren. Es braucht zusätzlich eine Batterie und einen Netzumschalter, damit das System bei einem Stromausfall automatisch auf die eigene Photovoltaikanlage umschaltet. Diese zusätzlichen Investitionen gilt es zu beachten. Ralph Föhn empfiehlt auf jeden Fall eine Beratung durch eine Energiefachperson.



Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell

sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzen uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli



Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus? Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine prägender, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz? Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür? Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen

waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

Was tut Benevol Schweiz dagegen? Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug? Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus? Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsiden in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre

Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samaritervereins, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an desimone@plr.ch oder QR-Code scannen.



Thomas Hauser.

gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.



«Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?

Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?

Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte

an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?

Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfließen.

Sie haben eine starke Verbundenheit zu China.

Wie ist es dazu gekommen?

Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

Was fasziniert Sie an China?

Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China kompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,

Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.



Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber



Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität,

die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Economiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

Die FDP Frauen setzen sich bei der familienexternen Kinderbetreuung für die Subjektfinanzierung ein.



Eltern finanziell unter die Arme greifen

Neuer Gesetzesentwurf zu Kinderbetreuungskosten

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) schlägt ein neues Gesetz zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf beziehungsweise Ausbildung vor. Dieses wurde im Mai dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt, an welcher sich auch die FDP Frauen beteiligt haben.

In der Schweiz besteht im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung Verbesserungspotenzial, insbesondere im Vergleich mit dem Ausland. Besonders bei der Bezahlbarkeit von familienexternen Betreuungsangeboten für die Eltern hinkt die Schweiz gemäss Studien hinterher. Das führt mitunter zu negativen Erwerbsanreizen, insbesondere der Frauen, welche von zusätzlichen Hürden wie der Heiratsstrafe noch verstärkt werden. Diese Rahmenbedingungen hemmen das wirtschaftliche Potenzial von Frauen und schaden der Wirtschaft. Investitionen in die familienexterne Kinderbetreuung sind deshalb insofern lohnend, als dass sie positive Erwerbsanreize schaffen, zu höheren Steuereinnahmen führen und einen langfristigen gesamtwirtschaftlichen Nutzen generieren.

Durch Subjektfinanzierung Eltern zielgerichtet unterstützen

Der Gesetzesvorschlag sieht unter anderem vor, dass sich der Bund weiterhin an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt. Die Unterstützungsleistung würde

von den Kantonen monatlich direkt an die bezugsberechtigten Eltern ausbezahlt. Die FDP Frauen befürworten diese unbürokratische Subjektfinanzierung. Durch sie haben Eltern die Möglichkeit, diejenigen familienexternen Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen, die ihren persönlichen Bedürfnissen zum Beispiel im Hinblick auf den Standort aber auch auf die angebotene Qualität und das Angebot an sich am besten entsprechen. Damit wird die Wahlfreiheit der Eltern respektiert. Zudem kann sich das System entsprechend der Nachfrage entwickeln.

Unterstützungsbeiträge an Erwerbstätigkeit knüpfen

Der Vorschlag der WBK-N sieht aktuell keinen Mindestbeschäftigungsgrad als Voraussetzung für einen Bezugsanspruch vor. Die FDP Frauen kritisieren dies. Der Bundesbeitrag soll denjenigen Eltern zugutekommen, die aufgrund einer Arbeitstätigkeit oder Ausbildung auf eine familienexterne Kinderbetreuungslösung angewiesen sind. Wir halten fest, dass die Subventionen an die Erwerbs-

tätigkeit geknüpft werden sollten und dies in der Vorlage klarer geregelt werden muss. Nur so entsteht auch der erwartete gesamtwirtschaftliche Nutzen. Es muss aber geprüft werden, wie dieser Grundsatz bei Alleinerziehenden und getrennt lebenden Eltern umgesetzt werden kann. Die Vorlage muss auch diese Familienformen miteinbeziehen.

Frühkindliche Förderung ist Kantonskompetenz

Auch die frühkindliche Förderung soll mit Bundesmitteln unterstützt werden. Der Begriff «frühkindliche Förderung» ist im Gesetzesentwurf aber zu breit gefasst und der Zusammenhang mit der familienexternen Kinderbetreuung muss klarer aufgezeigt werden. Auch darf aus Sicht der FDP Frauen die Verantwortung für die frühkindliche Förderung nicht an die Kinderbetreuungsinstitutionen übertragen werden. Dieser Bereich liegt klar in der Kompetenz der Kantone. Es muss geprüft werden, wo der Bund die Kantone in konkreten Bereichen, in denen akuter Handlungsbedarf besteht, beispielsweise bei den Betreuungsangeboten für Kinder mit Beeinträchtigung oder Strukturen zur sprachlichen Integration, finanziell unterstützen kann.

**Ursina Flütsch, Geschäftsführerin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Ständerat Philippe Bauer begrüsst die Jungfreisinnigen in Neuenburg.



DV in einzigartiger Umgebung

Jungfreisinnige sind bereit für den Wahlkampf

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz fand in Cressier im Kanton Neuenburg statt. Gastgeberin war die Varo SA, die die einzige Erdölraffinerie der Schweiz. Rund 80 Mitglieder kamen nach Cressier, um unter anderem die neuen Positionspapiere zur Europa- und LGBTQ+-Politik anzunehmen.

Es war ein regnerischer Tag in der sonst so sonnigen Romandie. Doch das hinderte die Delegierten nicht daran, schon ganz früh aus der ganzen Schweiz anzureisen. Grund dafür war die Erdölraffinerie in Cressier. Die Betreiberin erklärte den Anwesenden in zwei Vorträgen, wie wichtig die Raffinerie für die Schweiz ist. Die Delegierten konnten ihre Fragen direkt an die Geschäftsführer stellen und am Schluss in einem Car über das Gelände fahren – zu Fuss hätte dies aufgrund der eindrucksvollen Dimensionen zu lange gedauert.

Neues aus dem Bundeshaus

Mit dem Besuch von Ständerat Philippe Bauer und Fraktionspräsident Damien Cottier erfuhren die Mitglieder des Jungfreisinns aus erster Quelle, was derzeit im Bundeshaus für Diskussionen sorgt. Besonders die Strommangellage, die Beziehungen zur Europäischen Union, aber auch die eidgenössischen Wahlen 2023 sind weit oben auf der Traktandenliste. Die beiden Parlamentarier lobten die Arbeit der Jungfreisinnigen und zeigten sich erfreut über deren Präsenz in der Romandie. Neben zwei Positionspapieren zur Europa- und zur LGBTQ+-Politik, verabschiedeten die Delegierten ein neues Leitbild, das sogenannte

«Liberales Manifest». Schliesslich bestimmten sie den Austragungsort des nächsten Kongresses. Dieser wird im März 2023 in St. Gallen stattfinden. Um den Tag ausklingen zu lassen, fand in einer «Cave» in der Nähe von Neuenburg eine Weinegustation statt.

Aufbruch 2023

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz traf sich Anfang Oktober in Zürich, um die notwendigen Schritte für das Wahljahr 2023 zu planen. Das Generalsekretariat präsentierte den Fahrplan für das nächste Jahr. Die Ideen der Vorstandsmitglieder flossen ein und wurden entsprechend verarbeitet. Das Ziel ist klar: Ein weiterer Einzug in den Nationalrat! Denn schon heute stellt der Jungfreisinn den jüngsten Nationalrat sowie die jüngste Ständerätin. Keine andere Jungpartei kann diese Erfolge vorweisen. Die operative Umsetzung des Wahlkampfkonzepts bringt viel Arbeit mit sich. Das Generalsekretariat wurde deshalb bereits um 60 auf 160 Stellenprozente erhöht. Ein spannendes Wahljahr ist garantiert.

Sven Gaberthüel,
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, freute sich über den grossen Aufmarsch.



Rund 80 Jungfreisinnige fanden den Weg nach Cressier.



Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier im Gespräch mit Gilles Vollin von Varo.



Die Schweiz hat Nachholbedarf

Vernachlässigtes digitales Potenzial

Die FDP International trägt die Aussensicht auf die Schweiz in die FDP und die Schweizer Politik. Immer wieder erfahren wir, dass der Stand der Digitalisierung in vielen Wohnsitzländern unserer Mitglieder weiter fortgeschritten ist als in der Schweiz. Das zeigt, dass die Digitalisierung stärker vorangetrieben werden muss.

Die elektronische Wohnsitzanmeldung mit der E-ID in Deutschland, Online-Abwicklung von Import- und Export-Geschäften in Kanada, das eigene umfassende elektronische Patientendossier in der Türkei, das Telefon als Bankkonto in Sambia – die Beispiele für digitale Anwendungen in anderen Ländern sind endlos. In mindestens zwei Dutzend Ländern gibt es eigentliche Ministerien für Digitalisierung. Zehn davon sind in einem Forum «Digital Nations» zusammengeschlossen, haben gemeinsame Prinzipien, Standards und «Best Practices» festgelegt und unterstützen sich gegenseitig bei neuen Entwicklungen.

In der Schweiz sehen wir durchaus Anstrengungen und Fortschritte. Erst kürzlich sprach sich der Nationalrat für das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben aus. Davon würden auf jeden Fall die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren. E-Voting ist ein zentrales Anliegen, um

bei Abstimmungen und Wahlen die politischen Rechte wahrzunehmen, eine E-ID ist Voraussetzung für den Verkehr mit Behörden. Es sind aber auch die unzähligen Schweizer Firmen im Ausland, denen digitale Lösungen ihre Abläufe vereinfachen könnten. Und nicht zuletzt sind in einem modernen und innovativen Land wie der Schweiz gedruckte Formulare und Behördengänge ein Anachronismus.

Woran liegt es?

Während sich weltweit Nationen zusammen auf Standards einigen, haben wir in der kleinen Schweiz 26 Lösungen, im besten Fall wenigstens kompatibel. Unser Föderalismus ist wertvoll, wenn es darum geht, regionale Besonderheiten in der Politik abzubilden und das Prinzip der Subsidiarität zu leben, aber bei umfassenden Entwicklungen und Projekten müssten Lösungen auf Bundesebene gesucht werden.

Wir haben für fast alle Vorgänge gut entwickelte und erprobte nicht digitale Lösungen – und Altbekanntes gibt man nicht gerne auf. Aus diesem Grund haben oft genannte Länder wie Estland und Uruguay die Nase vorn. Sie haben den Schritt über funktionierende Verwaltungen übersprungen und sind gleich ins digitale Zeitalter eingestiegen. In der Bevölkerung herrscht Skepsis gegenüber digitalen Lösungen, Datenschutz ist zentral – auch wenn man gleichzeitig fast alles von sich preisgibt über Apps, Social Media, Fitness Trackers usw. In anderen Kulturen sind solche Vorbehalte weniger präsent, was auch zu nach unserem Verständnis nicht nachahmenswerten Entwicklungen führt, zum Beispiel China.

Mehr Effizienz, tiefere Kosten

In sämtlichen Departementen gibt es grosses Potenzial für Vereinfachungen, höhere Effizienz und tiefere Kosten. Im BAG versucht man Defizite abzubauen, die während der Pandemie deutlich geworden sind. Wirklich erfolgreich scheinen die Anstrengungen bisher nicht, wie auch der ehemalige Digitalisierungschef des BAG in einem Interview im «Tages-Anzeiger» anprangert.

Dass im VBS endlos Millionen in verschiedenen abgebrochenen Projekten versickert sind, ist hinlänglich bekannt.

Das EDA ist auf gutem Weg, die Administration in der konsularischen Betreuung zu vereinfachen.

Ähnlich wie die Koordination zum Teil in den Kantonen fehlt, sind auch die verschiedenen Departemente unterschiedlich unterwegs. Was fehlt, ist eine Vision und übergeordnete Strategie wie zum Beispiel in Kanada: «Government in a digital age – Working on tomorrow's Canada, today.»

Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

FDP International

Können wir in der Schweiz nicht auch einen koordinierten Ansatz für den Weg in die digitale Zukunft finden? Die FDP International versucht aktiv mit Ideen und internationaler Expertise zum Thema beizutragen. Haben Sie eigene Ideen oder möchten Sie sich über das Thema austauschen? Dann freuen wir uns auf Ihr E-Mail an freiermuth@fdp.international.com oder luessi@fdp.ch.



FDP Zürich ist bereit

Am 12. Februar ist Wahltag

Parteipräsident Hans-Jakob Boesch setzt auf den konstanten Austausch mit den freisinnigen Wählerinnen und Wählern in Zürich. Damit soll die Mobilisierung bei den anstehenden Wahlen gelingen und der positive FDP-Trend fortgesetzt werden.

Die kantonalen Wahlen in Zürich gelten gemeinhin als wichtiger Stimmungstest für die eidgenössischen Wahlen, die acht Monate später folgen. Ein gutes Abschneiden in Zürich kann einer Partei nötigen Schub für den nationalen Wahlkampf geben. Die FDP Zürich ist zuversichtlich, dass sie für die anstehenden Wahlen gut aufgestellt ist, wie Präsident Hans-Jakob Boesch erklärt: «Die Abläufe und Gremien funktionieren und in den Orts- und Kreisparteien ist eine hohe Motivation spürbar. Die guten Ergebnisse in den kommunalen Wahlen 2022 geben uns Rückenwind für den Wahlkampf.» Die Herausforderung einer kantonalen Wahl ist, dass die Themensetzung mehrheitlich national oder gar international erfolgt. Die Kantonalpartei kann sich nur in die laufenden Diskussionen einbringen und versuchen, sie zu beeinflussen. Die FDP Zürich sei dafür aber gewappnet, sagt Boesch: «Bei den dominierenden Themen Energieversorgung, Sicherheit und Arbeitsmarkt ist die FDP mit konstruktiven Lösungen präsent.

Auch im Bereich Umweltpolitik können wir mit liberalen Antworten punkten.»

Mobilisierung ist alles

Die FDP Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, bei den Kantonsratswahlen Sitze dazu zu gewinnen. Bei den Regierungsratswahlen treten alle Bisherigen erneut an, darunter die amtierende FDP-Regierungsrätin Carmen Walker-Späh. Peter Grünenfelder will den zweiten FDP-Sitz erobern und müsste dafür ein bisheriges Regierungsmitglied verdrängen, was eine grosse Herausforderung ist. Der Schlüssel eines erfolgreichen Wahlkampfes ist die Mobilisierung der eigenen Anhänger. Die FDP Zürich führt deshalb nicht einen klassischen Wahlkampf, der drei Monate vor dem Urnengang beginnt, sondern spricht ihre Wählerinnen und Wähler konstant an. «Mittels Beiträgen in den Social Media, Werbung im digitalen Raum und Berichterstattungen in den klassischen Medien zeigen wir unseren Sympathisantinnen und Sympathisanten,

Weil das Rathaus renoviert wird, tagt der Zürcher Kantonsrat in der nächsten Legislatur in der Bullingerkirche in Zürich. Foto: ENF



Hans-Jakob Boesch, Präsident FDP Zürich

dass wir, die FDP, uns für ihre Anliegen einsetzen», sagt Boesch. Auf Social Media könne man gut analysieren, was bei der freisinnigen Zielgruppe ankomme und die Themen entsprechend bearbeiten. Weitere Mobilisierungsinstrumente im Wahlkampf sind die ÖV-Initiative sowie die Petition Wasserkraft, die von der FDP Zürich lanciert und bereits von zahlreichen Kantonalparteien übernommen wurde. Neben dem Wahlkampf der Kantonalpartei finden in den Gemeinden zahlreiche Standaktionen und Veranstaltungen statt, damit die Kantonsratskandidierenden den direkten Kontakt mit der Bevölkerung pflegen können. So machen sie die Partei sicht- und spürbar.

Stress und Spass

Hans-Jakob Boesch stehen intensive drei Monate bevor. Für den Präsidenten bedeuten die kantonalen Wahlen in erster Linie zusätzlichen Aufwand und Stress. Darauf ist Boesch vorbereitet: «Das gehört zum Wahlkampf. Gibt es Angriffe auf uns, steigt immer auch das Adrenalin. Aber wir stellen uns dem politischen Wettstreit und nutzen die erhöhte Aufmerksamkeit, um unsere Positionen bekanntzumachen. Das macht durchaus auch Spass.» Mit diesem Spirit scheint die FDP Zürich gut gerüstet und die Chancen sind hoch, dass der Spass auch am Abend des Wahlsonntags noch anhält.

Marco Wölfli

Migration aus der Ukraine

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.



Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und ab-

gestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt

habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.

«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beeindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität

in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin



September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.



März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.



Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.



Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.



Session im Schnellzugtempo

Überblick der wichtigsten Geschäfte der Herbstsession

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession insbesondere in der Energiepolitik bedeutsame Beschlüsse gefasst. Während es in der Energie- und Umweltpolitik kaum ein Halten gab, wurde die Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr ausgebremst.

Der Schweizer Politbetrieb zeichnet sich im Normalfall durch eine gewisse Behäbigkeit aus und langwierige Gesetzesprozesse sind Usus. Nicht so in der vergangenen Herbstsession. Die eidgenössischen Räte haben im Krisenmodus wegweisende Beschlüsse im Eilverfahren gefasst, deren Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheide:

Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Nachdem in der Sommersession der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative als Erstrat beraten hatte, war nun der Ständerat an der Reihe. Mit dem Ziel, die Vorlage bis Ende Session fertigzuberaten, konnten die wichtigsten Differenzen rasch bereinigt werden und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen werden.

In der Gesamtbeurteilung hat die FDP den überparteilichen Kompromiss mitgetragen. Dank diesem können im Gesetz verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 gesteckt werden. Daneben gehören die Förderungen von neuen Technologien und ein grosszügig ausgestattetes Ersatzprogramm

von Heizungen dazu. Vor allem der letzte Teil der Vorlage ist nicht nach den Vorstellungen der Freisinnigen zustande gekommen. Im Sinne des Kompromisses trägt man aber auch diesen Teil mit. Damit zeigen sich auch die Initianten zufrieden, die angekündigt haben, dass sie ihre Initiative zurückziehen wollen. Da ein Referendum lanciert wurde, dürfte dennoch eine Volksabstimmung stattfinden.

Erneuerbare Energie-Initiative

Im Kontext der Beratung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative hat der Ständerat beschlossen, auch einen dringlichen Beschluss zugunsten des Ausbaus von Solarenergie in der Schweiz einzuführen. Dieser wurde im Verlauf der Beratungen abgespalten und nach einer dringlichen Differenzbereinigung durch den National- und Ständerat in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Damit wurde im Rekordtempo ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien beschlossen.

Mit dieser neuen Vorlage sollen innerhalb sehr kurzer Frist mehr Stromkapazitäten in der Schweiz geschaffen werden. Mit diesem Gesetz soll im Kern der Zubau von mehr einheimischem

Winterstrom beschleunigt werden. Neben einem erleichterten Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen in den Bergen wird es auch eine Solar-Pflicht für bestimmte Neubauten geben. Dass diese Regel nicht für alle Neubauten gilt, ist auch das Verdienst der FDP. Die Liberalen-Fraktion, die sich erfolgreich für eine Einschränkung eingesetzt hat. Zudem beinhaltet sie auch noch eine Beschleunigung beim Ausbau der Grimsel-Staumauer.

Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das Bundesparlament hat ein weiteres Paket zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket sieht Vereinfachungen bei der Zulassung parallel-importierter Medikamente vor. Zudem wird ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände eingeführt, um gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen vorzugehen.

Lange umstritten war eine Bestimmung, wonach die Tarifpartner die Kosten überwachen und Korrekturmassnahmen ergreifen, sobald sich die Kostenentwicklung nicht durch Faktoren wie die Alterung der Bevölkerung erklären lässt. Der Durchbruch bei dieser letzten Differenz gelang dank eines Kompromissvorschlags der ständerätliche Gesundheitskommission, welcher ein Monitoring der Kostenentwicklung und Korrekturmassnahmen vorsieht, allerdings ohne Eingriffsmöglichkeiten für Bund und Kantone, falls sich die Tarifpartner nicht

einigen können. Die Tarifpartnerschaft bleibt somit gewahrt, weitere staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wurden gestrichen.

In der Gesundheitspolitik geht es Schlag auf Schlag weiter. Neben den zahlreichen hängigen Geschäften (u.a. EFAS, indirekter Gegenvorschlag Kostenbremsinitiative) wird sich das Parlament mit einem zweiten Kostendämpfungspaket befassen. Die entsprechenden Arbeiten werden im nächsten Quartal durch die vorberatende Kommission des Nationalrats aufgenommen. Die FDP wird sich auch bei dieser Vorlage für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen einsetzen, dessen Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Unsere Stossrichtung haben wir kürzlich in einem Forderungspapier aufgezeigt.

Destruktive Rückweisung verhindert Vorwärtsgang bei der Abschaffung des Eigenmietwerts

Bereits 2017 wurde die Vorlage für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung eingereicht. Fünf Jahre später war nun der Nationalrat in der Herbstsession als Zweitrat an der Reihe, um eine Lösung zu zimmern. Das zeugt bereits von der Komplexität der Materie wie auch von der Schwierigkeit, eine mehrheitsfähige und saubere Lösung auszuarbeiten. Dass nach dem Beschluss des Ständerats in der Herbstsession vor einem Jahr noch

nichts in Stein gemeisselt ist, war bereits im Vorherigen klar, aber zumindest wurde die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts wieder ins Rollen gebracht.

Im gleichen Sinne hat die WAK-N das Geschäft vorberaten. Zwar kann die Vorlage der WAK-N als «Maximalvariante» erachtet werden, so stellt sie jedoch eine gute Diskussionsgrundlage dar. Die FDP hat zudem stets betont, dass sie offen für Kompromisse ist. Zur Beratung der Vorlage ist es jedoch gar nicht gekommen: Der Nationalrat trat zwar auf die Vorlage ein, wollte die Abschaffung des Eigenmietwertes aber noch nicht beraten und schickte die Vorlage auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Nun soll eine Subkommission eingesetzt und die Kantone sollen mehr in die Diskussion miteinbezogen werden. Dieser Rückweisantrag der Mitte fand leider eine Mehrheit, nur die FDP und die SVP stellten sich dagegen. Aus Sicht der FDP bleibt es unrealistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt, auch da sich die Zusammensetzung der vorberatenden Kommission nicht ändert. Die Mitte hat somit eine konstruktive Diskussion abgewürgt, bevor diese überhaupt geführt werden konnte. Damit wird die überfällige Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr unnötig verzögert. Es bleibt das Ziel der FDP, dieser schädli-



Damien Cottier.

chen Steuer ein Ende zu bereiten und damit den Mittelstand und auch zukünftige Wohneigentümer zu entlasten.

Damien Cottier,
Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Für eine Zukunft mit Perspektive

perspektiveschweiz.ch

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes

Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Landes. Als Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Schweizer Landwirtschaft wollen wir deshalb zukünftig noch enger und aktiver zusammenarbeiten.

Wir bündeln unsere Kräfte, um Stabilität und Sicherheit zu erzielen. Unsere Zusammenarbeit basiert auf wirtschafts-, landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, die wir zum Wohle aller gemeinsam bearbeiten und voranbringen wollen.

Liegt uns doch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft kennen und erkennen. Nur eine starke Wirtschaft und Landwirtschaft sorgen für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik.

Wir werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politik. Wir werben für eine Politik mit Perspektive!

Christoph Mäder
Präsident
economiesuisse



Fabio Regazzi
Präsident Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

sgv@usam

Valentin Vogt
Präsident Schweizer
Arbeitgeberverband

SCHWEIZERISCHER
ARBEITGEBERVERBAND
Die Arbeitgeber

Markus Ritter
Präsident Schweizer
Bauernverband

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini
sbv|usp|usc

**PERSPEKTIVE
SCHWEIZ**



Kantonale Wahlen

Die wiedergewählten Regierungsräte Andreas Hostettler (links) und Florian Weber.



Ständerat Matthias Michel gratuliert Etienne Schumpf zur Wahl in die Zuger Stadtregierung.



Zufrieden Gewählte von links: Urs Andermatt, Michael Arnold, Karl Bürgler (alle Kantonsrat) sowie Mark Gustafson (Gemeinderat Baar).

Cédric Schmid hat als Präsident der FDP Zug seine Partei zum Sieg geführt. Im Interview spricht Schmid über die Bedeutung der Door-to-Door-Kampagne und wieso in den Tagen vor der Wahl noch ein besonderer Einsatz erforderlich war.

Nur eine Woche nach dem eidgenössischen Abstimmungssonntag wurden die Zugerinnen und Zuger erneut an die Urne gerufen. Im Zentralschweizer Kanton stand am 2. Oktober ein Super-Sunday an. An den Gesamterneuerungswahlen wurden sämtliche Exekutiv- und Legislativämter im Kanton und in allen Gemeinden erneuert. Die FDP gehörte an diesem Wahlsonntag zu den Gewinnerinnen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wurden souverän wiedergewählt und im Kantonsrat legte die FDP zwei Sitze zu und ist neu zweitstärkste Partei im Kanton.

Wie hast du als Präsident der FDP Zug den Wahlsonntag erlebt?

Cédric Schmid: Es war ein intensiver, aber natürlich sehr erfreulicher Tag. Kurz vor 14 Uhr erhielt ich die ersten Resultate aus der Berggemeinde Menzingen, wo wir den Wähleranteil erhöht haben und ein Gemeinderatssitz haben erobern können. Danach ging es schnell: eine Gemeinde nach der anderen meldete: FDP legt zu! Mit all diesen News folgten die riesige Erleichterung und damit auch zahlreiche Gratulationen – auch von Thierry Burkart, was mich besonders gefreut hat.

Wurde nach dem Sieg noch kräftig gefeiert?

Aber natürlich! In fast allen Gemeinden fanden Wahlfeiern statt bis tief in die Nacht hinein. Einige Kandidierende und Wahlhelfer haben den Start in die Arbeitswoche etwas später begonnen. Dieser Wahlsieg hat uns allen gutgetan – alle sind topmotiviert und bereit, die neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen!

Wie anspruchsvoll waren die letzten Tage vor der Wahl?

Sehr anspruchsvoll. In der letzten Woche vor dem Super-Sunday erfuhren wir, dass der Rücklauf der Wahlcouverts sehr tief sei. Deshalb haben wir noch einmal im persönlichen Umkreis potenzielle freisinnige Wähler kontaktiert und motiviert, wählen zu gehen. Die daraus erhaltenen Rückmeldungen zeigten uns: dieser Kraftakt hat sich gelohnt. Viele bedankten sich für den persönlichen «Reminder» und gingen zur Urne. Dies ist nur eine von verschiedenen Massnahmen, die wir in der letzten Woche noch getroffen haben.

Zwei Sitze im Kantonsrat gewonnen (neu 18) und beide Regierungsräte souverän wiedergewählt. Bist du zufrieden?

Grundsätzlich schon. Die FDP hat das erste Mal seit 1994 wieder Sitze im Kantonsrat gewonnen. Eines unserer erklärten Ziele waren 19 Sitze im Kantonsrat, also ein Gewinn von drei Sitzen. Wenn jener in der Stadt Zug nicht verloren gegangen wäre, hätten wir es geschafft. Alle anderen Ziele haben wir aber gut erreicht – insbesondere freuen mich die hervorragend wiedergewählten Regierungsräte und auch, dass 33 Prozent aller Gemeinderatssitze in FDP-Hand sind.

Wäre sogar noch mehr drin gelegen?

Bei einem Wähleranteil von 21,9 Prozent könnte man im Grundsatz zufrieden sein. Trotzdem sage ich, es liegt noch mehr drin. Bei den zugewanderten, welche eher liberal sind und auch aus unternehmerischen Kreisen stammen, haben wir das grösste Potenzial. Dies zeigen insbesondere die Resultate aus der Stadt Zug und auch die in der Gemeinde Risch/Rotkreuz. Ganz nach dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt es, dieses Potenzial aufzubauen, damit wir im Kanton Zug in den nächsten Wahlen wieder mit positiven Zahlen glänzen können.

Was nimmst du von diesem Wahlkampf mit?

«Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig.»

Viel Erfahrung. Der direkte Kontakt und der intensive Austausch mit den Sektionsparteien war enorm wichtig, wie auch der frühe Beginn der Wahlvorbereitungen. Im Zentrum der intensiven Vorbereitungsarbeiten lag die Wahl unseres Wahlslogans. Nach intensiven internen Diskussionen und verschiedenen, tiefgründigen Meinungsfindungsprozessen entschieden wir, das Claim «Lebensqualität» zu wählen. Dieser Prozess förderte auch den Zusammenhalt in der Partei – eine wichtige Voraussetzung, um Wahlen zu gewinnen.

Auch die Door-to-Door-Kampagne war eine Schlüsselaktion. In den Gemeinden, in denen wir auf Door-to-Door gesetzt haben, gab es die grösseren Gewinne. Eine weitere Erkenntnis ist die Bedeutung von Social Media. Heutzutage ist es unumgänglich, dass Kandidierende während des Wahlkampfes kurze Videos mit einer Botschaft auf allen möglichen Kanälen verbreiten. Dies ersetzt aber keinesfalls die persönlichen Begegnungen auf der Strasse, in Vereinen und verschiedenen, regionalen Kreisen.



Cédric Schmid führte die FDP Zug als Präsident zum Erfolg.

Welche Tipps hast du für die Kantonalparteien, die nächstes Jahr kantonale Wahlen haben?

Kurz und bündig: Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig, keine Minute vorher. Bis dahin muss man dranbleiben und die Leute mobilisieren, dass sie tatsächlich wählen gehen. Die letzte Woche vor den Wahlen darf keinesfalls unterschätzt werden!

Interview: Marco Wölfli

Die FDP will künftig mehr Personen in den Baselbieter Landrat entsenden.



Einsatz für den Menschen

Machen statt nur wollen

Nationalrätin Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass ihre Kantonalpartei bei den kommenden Wahlen zu den Gewinnern gehört. Die FDP Baselland rückt die Wählerinnen und Wähler konsequent in den Fokus.

Am 12. Februar 2023 finden im Baselbiet die kantonalen Wahlen statt. 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen sowie die bisherige Regierungsrätin Monica Gschwind für die Regierungsratswahlen treten an. Klar, fiebere ich auch mit. Die FDP Baselland hat sich entschieden, die Kampagne anders und innovativer aufzugleisen als bisher. So stellen wir bewusst den Menschen – also die Wählerinnen und Wähler – in den Fokus, das heisst, wir wollen auf leere Floskeln und polemische Versprechungen verzichten. Unter unserem Leitsatz «zuverlässig liberal» wollen wir ins Doppelwahljahr starten. Unser Leitmotiv ist, dass Baselbieterinnen und Baselbieter ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für Herausforderungen finden wir Lösungen. Sei dies bei der Überwindung der Stromkrise, im Kampf für eine zeitgemässe Bildung und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eben: zuverlässig liberal, und dies seit über 100 Jahren!

Probleme erkennen und lösen

Der Anspruch ist hoch, denn den Menschen in den Fokus zu stellen braucht sehr viel Engagement – sei es vom Wahlkampfteam, aber vor allem auch von den Kandidatinnen und Kandidaten. Es reicht nicht, sich im stillen Kämmerchen einen Slogan zu überlegen und dann für die sozialen Medien die

blauen Balken auf ein Bild zu legen. Es reicht auch nicht, vergangene Erfolge oder Leistungen zu zeigen. Der Mensch im Fokus heisst Machen. Und zwar konsequent: Probleme erkennen und lösen. Unter den Jungen gibt's dazu einen guten Spruch: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Wir sind also mutig und selbstbewusst: Wir haben die liberalen Köpfe aus dem Baselbiet auf unseren Listen, die sich seit Jahren für ihre Gemeinden, für den Kanton und für den Freisinn einsetzen.

Unsere bisherige Regierungsrätin tritt nochmals an. Gemeinsam mit dem bisherigen Regierungsrat Anton Lauber von der «Mitte» und der SVP, welche die Nationalrätin Sandra Sollberger (neu) für den abtretenden Thomas Weber stellen. Zusammen bilden wir die sogenannte «Bürgerliche Allianz» und wollen die bürgerliche Mehrheit (das heisst drei von fünf Sitzen) in der Baselbieter Regierung behalten.

Als FDP haben wir zurzeit 17 von 90 Sitzen im Landrat, dies entspricht einem Wähleranteil von 17,4 Prozent. Wir sind damit die drittstärkste Partei (SP 22,84 Prozent vor SVP 22,66 Prozent). Unser Ziel ist klar: die SP überholen. Dafür werden wir kämpfen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

900 Freisinnige starten gemeinsam ins

Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP. Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in

der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»



Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.



Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.



Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.



Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.



Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.



Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.

Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber



Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.



Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.



Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.



Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.



Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.

Neue Kampagne

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).



Für eine Zukunft mit Perspektive

Verbände werben für wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik

Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1x Nein, 3x Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene

Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigten sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum



Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!



Mehr Infos
zu Perspektive
Schweiz.

Die FDP legt zu

Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerer Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-

Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarths Wirkung als negativ.

Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Alters-



Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, legen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsinitiative punkten und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die

vorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO₂-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

KOLUMNE

Appell an den Föderalismus



Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgaben- disziplin des Staates zu verbessern.

Johanna Gapany,
Parteilichepräsidentin und Ständerätin FR



Thierry Burkart Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»



Josef Dittli Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»



Marcel Dobler Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»



Olivier François Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»



Johanna Gapany Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»



Philippe Nantermod Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»



Maja Riniker Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»



Andri Silberschmidt Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»



Christian Wasserfallen Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»



Hans Wicki Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»



Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen

CHANCE5G

Die Schweiz fortschrittlich verbunden.